

Stand: 24.06.2026 23:20:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/111

"Familiengeld für alle Kinder - Gleichstellung von Pflegekindern umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/111 vom 16.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/451 des SO vom 27.02.2019
3. Beschluss des Plenums 18/627 vom 13.03.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Familiengeld für alle Kinder – Gleichstellung von Pflegekindern umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Diskriminierung von Pflegekindern und Pflegeeltern beim Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz (BayFamGG) umgehend zu beenden und dem Landtag ein Änderungsgesetz vorzulegen. Die Beschränkung der Anspruchsberechtigten nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 BayFamGG auf Pflegeeltern, die ein Kind mit dem Ziel der Adoption aufgenommen haben, soll zu diesem Zweck aufgehoben werden. Zukünftig sollen alle Eltern, die ein Kind zur Pflege aufgenommen haben, einen Anspruch auf Familiengeld erhalten.

Begründung:

Laut der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 18.04.2018 sollten alle Familien mit kleinen Kindern einen Anspruch auf Familiengeld erhalten. Dieses Versprechen wird jedoch nicht umgesetzt, da faktisch die meisten Pflegefamilien aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeschlossen werden. Laut der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 11.12.2018 wurde seit September 2018 das Familiengeld schon an 250.000 Kinder ausgezahlt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum einige hundert Pflegekinder vom Bezug des Familiengelds ausgeschlossen werden.

Laut Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 BayFamGG haben nur solche Pflegeeltern einen Anspruch auf Familiengeld, die ein Pflegekind mit dem Ziel der Adoption aufgenommen haben. 2016 waren jedoch nur 236 Kinder und Jugendliche aller Altersstufen in Adoptionspflege untergebracht, während insgesamt 625 Kinder unter drei Jahren zum Stichtag 31.12.2016 in Vollzeitpflege betreut wurden. Der Ausschluss der meisten Pflegefamilien aus dem Kreis der Leistungsberechtigten stellt eine sachlich nicht zu rechtfertigende Benachteiligung dar und muss deshalb umgehend beendet werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/111

Familiengeld für alle Kinder - Gleichstellung von Pflegekindern umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatler: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 7. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 27. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/111, 18/451

Familiengeld für alle Kinder – Gleichstellung von Pflegekindern umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 9. Darüber soll auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesondert ohne Aussprache, aber namentlich abgestimmt werden.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nun erfolgt die Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt ernsthaft darum, die Plätze einzunehmen.

(Zuruf: Ernsthaft?)

– Ganz ernsthaft, ja. Sie können Ihren Platz natürlich auch ohne Ernst einnehmen, das entspricht aber nicht der Würde des Hauses. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der ausgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und teilweise der AfD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Eine aus den Reihen der AfD. Der Landtag übernimmt diese Voten.

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Global Compact for Migration stoppen – kein Vollzug durch bayerische Behörden
Drs. 18/139, 18/476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlechtliche Vielfalt im öffentlichen Dienst anerkennen, Leitlinien zum Umgang mit Angleichung und Anerkennung des Geschlechts erstellen
Drs. 18/149, 18/484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der dritten Geschlechtsoption im öffentlichen Dienst ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld ermöglichen
Drs. 18/150, 18/485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

